



**PARLAMENTARISCHE  
VERSAMMLUNG  
EUROPA-MITTELMEER**



Brüssel, 27. März 2006

# **EMPFEHLUNG**

der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer

## **zu den Ergebnissen des Gipfels von Barcelona und den Perspektiven der Partnerschaft Europa-Mittelmeer**

angenommen auf der Grundlage des im Namen des Politischen Ausschusses für  
Sicherheit und Menschenrechte

durch seine Vorsitzende, Frau Tokia SAÏFI, vorgelegten Entwurfs

## **Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM):**

- In Kenntnis der am 21. November 2005 in Rabat angenommenen Entschließung der PVEM über „Die Zukunft des Barcelona-Prozesses“ sowie der gleichzeitig verabschiedeten Erklärung des Präsidiums der PVEM, die an den Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Barcelona am 27. und 28. November 2005 gerichtet war,
- unter Hinweis auf die am 26. November 2005 in Barcelona verabschiedeten Schlussfolgerungen des Präsidiums der 5. Konferenz der Präsidenten der Parlamente des Europa-Mittelmeerraums,
- in Kenntnis des Fünfjahres-Arbeitsprogramms sowie des Verhaltenskodex zur Bekämpfung des Terrorismus, die auf dem Gipfel von Barcelona verabschiedet wurden,

## **Zum Recht auf Meinungsfreiheit und Achtung des religiösen Bekenntnisses**

1. äußert ihre tiefe Besorgnis angesichts der Situation, die aufgrund der Publikation von Karikaturen, die die religiösen Gefühle der Moslems verletzen, in einer dänischen Zeitung entstanden ist, und verurteilt zugleich alle Tendenzen zur Aufstachelung zum Fremdenhass sowie die Veranstaltung gewalttätiger Demonstrationen, die bedauerlicherweise Menschenleben gekostet haben, und die Angriffe auf europäische Vertretungen in mehreren islamischen Ländern;
2. verurteilt entschieden jeden Angriff auf die religiösen Werte und moralischen Prinzipien und Gewissensgrundsätze und ruft zu einem verantwortlichen Umgang mit der Meinungsfreiheit auf und verurteilt zugleich entschlossen die Anwendung von Gewalt; fordert die Regierungen inständig auf, ihrer Verantwortung für die Achtung der religiösen Überzeugungen und Symbole im Kampf gegen die Aufstachelung zu religiösem Hass, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gerecht zu werden und die Werte der Toleranz, der Freiheit und des Multikulturalismus aktiv zu fördern;
3. bekräftigt den gemeinsamen Standpunkt zur Ablehnung jeder Gleichsetzung des Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus mit einer Religion oder Glaubensrichtung, einer Kultur, einer ethnischen Gruppe oder einer Nationalität;
4. erinnert daran, dass die Meinungsfreiheit ein wesentlicher Bestandteil jeder demokratischen, pluralistischen, toleranten und offenen Gesellschaft ist, und unterstreicht zugleich, dass die Wahrnehmung des Rechts auf Meinungsfreiheit Verpflichtungen und Verantwortung gegenüber der Achtung der Rechte Anderer mit sich bringt; erinnert diesbezüglich daran, dass die Erklärung von Barcelona von 1995 den Grundsatz der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit, sowie das Prinzip der Achtung der Vielfalt und des Pluralismus und die Förderung der Toleranz vorsieht, jener Grundsätze also, die von der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung geteilt werden, die jede Vision von Konflikten zwischen den Zivilisationen ablehnt; bedauert, dass diese Rechte vernachlässigt zu werden scheinen; unterstreicht die Notwendigkeit, unter Mitwirkung der entsprechenden Institutionen der Europäischen Union, der Organisation der Islamischen Konferenz, der Liga der Arabischen Staaten und der entsprechenden NRO die geeigneten Foren zu aktivieren, um diese Werte zu fördern und Mängel zu überwinden;

5. erinnert daran, dass die Meinungs-, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verbrieft ist; verteidigt die Meinungsfreiheit als Grundwert und vertritt die Auffassung, dass sie in den Grenzen des Gesetzes ausgeübt werden und mit der persönlichen Verantwortung verbunden sein und sich auf die Achtung der Rechte und der Werte der Anderen gründen muss; erkennt an, dass das Gleichgewicht zwischen diesen Anliegen Gegenstand einer demokratisch geführten ständigen Debatte sein muss;
6. ist davon überzeugt, dass ein offener und transparenter Dialog und die gegenseitige Achtung die Mittel sind, um der gegenwärtigen Situation zu begegnen und zu vermeiden, dass derartige Erscheinungen sich wiederholen; erinnert daran, dass die PVEM der geeignete Ort ist, um gemeinsam für den Dialog zu wirken; unterstützt die Initiativen für den Dialog zwischen den Religionen, den Kulturen und den Gesellschaften im Hinblick auf eine Allianz der Zivilisationen;
7. fordert die Regierungen und die führenden Politiker auf, sich aller Erklärungen und Reden zu enthalten, die den Geist von Ausdrücken wie „Zusammenstoß der Zivilisationen“ oder „Konflikt der Zivilisationen“ in Erinnerung rufen;
8. ist der Auffassung, dass die Meinungsfreiheit und die Achtung der Religionen, einschließlich der Religionsfreiheit, Grundrechte für alle sind und demzufolge durch alle geachtet werden müssen und dass eine solche Haltung jede Diskriminierung ausschließt; appelliert an die politischen Verantwortlichen und die Medien, Provokationen aller Art gegen die Religion und den Glauben Anderer zu vermeiden und sich solchen Erscheinungen entgegenzustellen;
9. fordert die Partner aus Europa und dem Mittelmeerraum auf, entschlossen einen Aktionsplan zur Förderung der Information zu unterstützen, um die Gesellschaften in Europa und dem Mittelmeerraum dafür zu gewinnen, dass sie gemeinsam gegen Islamophobie und Aktionen gegen andere Religionen und Glaubensrichtungen auftreten;
10. ist überzeugt, dass der Dialog das einzige Mittel ist, um der gegenwärtigen Situation zu begegnen und zu vermeiden, dass derartige Erscheinungen sich wiederholen; erinnert daran, dass die PVEM das geeignete Forum darstellt, um gemeinsam für den Dialog zwischen den Religionen, den Kulturen und den Gesellschaften zu wirken;

### **Zur Bilanz anlässlich des zehnten Jahrestages der Erklärung von Barcelona**

11. erinnert daran, dass das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs anlässlich des zehnten Jahrestages des Barcelona-Prozesses Gelegenheit bot, um trotz fortbestehender Schwierigkeiten und der begrenzten Ergebnisse des Gipfels das gemeinsame Engagement für die Partnerschaft zu bekräftigen;
12. begrüßt die Verabschiedung des Fünfjahres-Arbeitsprogramms und des Verhaltenskodex zur Bekämpfung des Terrorismus; ist der Auffassung, dass die Umsetzung dieses Kodex eine Überwachung sowie die Verabschiedung konkreter

Maßnahmen einschließt; verlangt, regelmäßig und im Voraus über derartige Schritte informiert zu werden; begrüßt zugleich die Verbreitung von Initiativen und Projekten der Zivilgesellschaft, die den zehnten Jahrestag der Erklärung von Barcelona gekennzeichnet haben und geeignet sind, den Barcelona-Prozess neu zu beleben;

13. ist der Auffassung, dass angesichts der Notwendigkeit der Wiederbelebung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer der interparlamentarische Dialog ein wesentliches zusätzliches Instrument darstellt, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die auf zwischenstaatliche Ebene aufgetreten sind;
14. äußert sich in diesem Zusammenhang erfreut über die Unterstützung, die die 5. Konferenz der Präsidenten der Parlamente des Europa-Mittelmeerraums, die am 26. November 2005 in Barcelona stattfand, für die Tätigkeit der PVEM zum Ausdruck brachte, und über die Tatsache, dass diese Konferenz in der PVEM die konkrete Umsetzung der parlamentarischen Dimension des Barcelona-Prozesses anerkennt;

### **Zu den Perspektiven der Partnerschaft**

15. empfiehlt, dass die Umsetzung der Assoziierungsabkommen und der Europäischen Nachbarschaftspolitik sowie in ihrem Rahmen die Ausarbeitung der Aktionspläne den Barcelona-Prozess ergänzen und stärken, noch engere Beziehungen zwischen den Partnerländern begründen und die Süd-Süd-Zusammenarbeit mit Blick auf eine echte multilaterale und interregionale Zusammenarbeit weiter stärken können;
16. erinnert daran, dass die Europa-Mittelmeerpolitik über ein Budget verfügen muss, das ihren Ambitionen gerecht wird, und unterstreicht erneut die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, dass die ab dem Jahr 2007 bereitgestellten Mittel es ermöglichen, alle im am 28. November 2005 in Barcelona verabschiedeten Fünfjahres-Arbeitsprogramm vorgesehenen Ziele wirksam umzusetzen;
17. vertritt die Auffassung, dass die Parlamentarier der PVEM eng in die Arbeiten der durch die Europäische Kommission für das Jahr 2006 vorgesehenen und durch das Netz EUROMESCO organisierten Konferenz über Menschenrechte, Demokratisierung und Zivilgesellschaft sowie in die beiden Euromed-Ministerkonferenzen über Gleichstellung und Migration eingebunden werden müssen; ist der Auffassung, dass eine solche Einbindung die Rolle und Erkennbarkeit der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer nur stärken kann;
18. fordert die Dynamisierung der Europa-Mittelmeer-Charta für Frieden und Stabilität, wobei dafür zu sorgen ist, dass einige arabische Konzepte und Forderungen hinsichtlich der Sicherheit und des Friedens im Mittelmeerraum aufgenommen werden müssen, denn sie legt das Schwergewicht auf die Prävention künftiger Konflikte und vernachlässigt die Beilegung der derzeitigen Konflikte, was im Widerspruch zu Geist und Buchstaben der Erklärung von Barcelona steht;

### **Zum Nahost-Friedensprozess**

19. begrüßt es, dass die Parlamentswahlen in Palästina unter friedlichen Bedingungen abgelaufen sind, und würdigt die demokratische Transparenz und die hohe Wahlbeteiligung; unterstreicht die wichtige Rolle, die die internationalen Beobachtungsmissionen gespielt hat, vor allem die der Europäischen Union; nimmt die Ergebnisse dieser Wahlen zur Kenntnis;
20. fordert die neue palästinensische und die neue israelische Regierung auf, die in der Vergangenheit eingegangenen Verpflichtungen anzuerkennen und den von der Roadmap vorgezeichneten Weg zum Frieden fortzusetzen; fordert die internationale Gemeinschaft auf, den Willen des palästinensischen Volkes zu respektieren, Vorurteile zu vermeiden und einen evolutiven Ansatz gegenüber der demokratisch gewählten palästinensischen Führung zu verfolgen;
21. äußert Besorgnis über die für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ergriffenen einseitigen Initiativen und verurteilt die jüngsten Vorkommnisse in Jericho, die den Frieden bedrohen und den gesamten Barcelona-Prozess gefährden;
22. ist überzeugt, dass die bevorstehenden Parlamentswahlen in Israel unter besseren Bedingungen ablaufen werden, und hofft, dass ihr Ergebnis den Dialog mit der Palästinensischen Autonomiebehörde im Rahmen der Roadmap befördern wird;
23. fordert die vom Nahost-Friedensprozess betroffenen Parteien auf, ihr Engagement fortzusetzen, um zu einer friedlichen Zwei-Staaten-Lösung zu gelangen, und ruft dazu auf, auf die unter Bruch der Roadmap und der internationalen Legalität vor allem aus Wahlkampfgründen eingeleiteten einseitigen Initiativen zu verzichten;
24. appelliert an die internationale Gemeinschaft, das palästinensische Volk, dessen daniederliegende Wirtschaft die Grundbedürfnisse nicht befriedigen kann, auch weiterhin zu unterstützen; ist besorgt angesichts des Chaos, das durch eine Einstellung der Unterstützung sowie die illegale Einbehaltung ihm rechtmäßig zustehender Einnahmen entstehen könnte;
25. bekräftigt erneut die Bereitschaft und den Willen der PVEM als parlamentarisches Organ des Barcelona-Prozesses, ihren Beitrag zu den Nahost-Friedensverhandlungen zu leisten;

### **Zur künftigen Tätigkeit der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer**

26. ist erfreut, nach zwei Jahren Tätigkeit der PVEM eine positive Bilanz ihrer politischen Arbeit und der Reformen hinsichtlich ihrer Geschäftsordnung und ihrer Finanzierung, vor allem ihres Beitrags zur Stärkung der parlamentarischen Dimension des Barcelona-Prozesses, ziehen zu können;
27. erinnert jedoch daran, dass weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um größeren Nutzen aus der Tätigkeit der PVEM zu ziehen und dem Barcelona-Prozess eine noch solidere parlamentarische Dimension zu verleihen, vor allem hinsichtlich der Kontinuität des Dialogs in ihren Reihen und der Zusammenarbeit mit den übrigen Institutionen des Barcelona-Prozesses, wie in dem vom Gipfel von Barcelona

verabschiedeten Fünfjahres-Arbeitsprogramm vorgesehen, und wünscht die Vertiefung der Tätigkeit der PVEM auf der Grundlage regelmäßiger Aktivitäten ihrer Organe; möchte in diese Arbeit die sozioökonomischen Akteure und die Zivilgesellschaft einbeziehen;

28. beauftragt ihren Präsidenten, die vorliegende Empfehlung dem Ministerrat der Europäischen Union, der Europäischen Kommission, den Parlamenten und Regierungen der am Barcelona-Prozess beteiligten Länder und dem Europäischen Parlament zu übermitteln.